

**Beschlussvollzugskontrolle (BVK);  
Bericht über die der BVK unterliegenden Beschlüsse  
des Gesundheitsausschusses und der Vollversammlung  
des Stadtrates im Zeitraum vom 01.10.2021 – 30.09.2022**

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07374**

1 Anlage

**Bekanntgabe in der Sitzung des Gesundheitsausschusses  
vom 20.10.2022**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

Die Vollversammlung des Stadtrates hat am 06.10.2004 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08 / V 04981) in nichtöffentlicher Sitzung die Einführung einer Beschlussvollzugskontrolle (BVK) beschlossen. Mit diesem Beschluss wurden die städtischen Referate beauftragt, im jeweiligen Fachausschuss halbjährlich in Form einer Bekanntgabe über den Erledigungsstand der Aufträge, die einer Beschlussvollzugskontrolle unterliegen, zu berichten. Am 09.12.2020 hat der Verwaltungs- und Personalausschuss im Rahmen des Beschlusses „Aufgabenkritik im Zuständigkeitsbereich des Direktoriums“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 02179) unter anderem beschlossen, die Bekanntgaben zur Beschlussvollzugskontrolle ab 2021 dem Stadtrat nur noch einmal jährlich vorzulegen.

Mit der heutigen Bekanntgabe berichtet das Gesundheitsreferat dem Gesundheitsausschuss für den Zeitraum 01.10.2021 – 30.09.2022 über den Erledigungsstand dieser Aufträge (siehe Anlage).

Zum 01.01.2021 wurde das Referat für Gesundheit und Umwelt in das Gesundheitsreferat und in das Referat für Klima- und Umweltschutz geteilt. Über Beschlüsse, die den Overhead des ehemaligen Referats für Gesundheit und Umwelt betreffen, wird sowohl im Gesundheitsausschuss als auch im Ausschuss für Klima- und Umweltschutz berichtet.

Neu in die Beschlussvollzugskontrolle wurden fünf Einzelbeschlüsse aus dem Eckdatenbeschluss 2019, in denen die Einrichtung von planerisch-konzeptionellen Stellen gefordert wurden, aufgenommen:

- Umsetzung des stadtweiten Geschäftsprozessmanagements und IT-Notfallmanagements im Referat für Gesundheit und Umwelt  
(Eckdatenbeschluss Haushalt 2020 Nr. 45), Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15983  
Mit diesem Beschluss wurde eine Stelle für das IT-Notfallmanagement gefordert und vom Stadtrat bewilligt. Die Stelle wurde geschaffen und soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden.
- Mehrbedarfe Städtische Bestattung  
(Eckdatenbeschluss Haushalt 2020 Nr. 52) Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15869  
(nicht-öffentlich)  
Mit diesem Beschluss wurde 1 VZÄ gefordert und vom Stadtrat bewilligt. Die Schaffung der Stelle wurde bislang nicht fristgerecht beantragt, da im Jahr 2021 durch die Schwerpunktsetzung des Stadtrats im HSK vom 22.07.2020 eine Schaffung und Besetzung der Stelle nur unter der Voraussetzung der Benennung einer Kompensationsmöglichkeit realisierbar war und weiteren Überlegungen hinsichtlich des Aufgabenprofils und der Bewertung der Stelle angestellt wurden.
- Stellenmehrbedarf beim Gesundheitsbeirat  
(Eckdatenbeschluss Haushalt 2020 Nr. 2), Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16292  
Mit dieser Beschlussvorlage wurde 1 VZÄ zur Unterstützung des Gesundheitsbeirates geschaffen und vom Stadtrat bewilligt. Die Umsetzung erfolgte durch Aufstockung der beiden bereits bestehenden 0,5 VZÄ auf jeweils 1 VZÄ.
- Runder Tisch Notfallversorgung  
(Eckdatenbeschluss Haushalt 2020 Nr. 1), Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16003  
Mit diesem Beschluss wurde eine Stelle zur Unterstützung des Runden Tisch Notfallversorgung geschaffen und vom Stadtrat bewilligt. Die Stellenbesetzung fand in 08/2021 statt. Über die erreichten Ziele und Effekte der Stellenzuschaltung wird das GSR in drei Jahren ab Stellenbesetzung berichten.
- Kommunales Versorgungsmanagement zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung  
(Eckdatenbeschluss Haushalt 2020 Nr. 15), Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16064  
Mit diesem Beschluss wurde eine Stelle für die Unterstützung der Arbeit im Kommunalen Versorgungsmanagement geschaffen und vom Stadtrat bewilligt. Die Stelle wird derzeit geschaffen und soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt besetzt werden.

Die Beschlussaufträge, welche den Status "Im Zeitplan", bzw. "Nicht im Zeitplan" hatten, wurden erneut in der beigefügten Liste erfasst und aktualisiert.

Der Beschluss „Personalmehrung im Zuge der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in der STI-Beratung des RGU“ konnte in den Status erledigt gesetzt werden. Die Beratungsstelle konnte termingerecht ihre Arbeit aufnehmen, alle Stellen sind besetzt. Dem Stadtrat wurde mit der Bekanntgabe „Stand der Umsetzung der gesundheitlichen Beratung nach § 10 Prostituiertenschutzgesetz in der Hauptabteilung Gesundheitsschutz des GSR“, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04755, am 17.02.2022 berichtet.

Seit der letzten Berichterstattung im Gesundheitsausschuss am 14.10.2021 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04317) gab es keine weiteren Beschlussaufträge, die den Status „Erledigt“ aufweisen und aus der Liste entfernt wurden.

Der Korreferent des Gesundheitsreferats, Herr Stadtrat Stefan Jagel, sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

## **II. Bekannt gegeben**

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Verena Dietl  
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek  
berufsmäßige Stadträtin

- III. Abdruck von I. mit II.  
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle  
an das Revisionsamt  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle  
an das Gesundheitsreferat, Beschlusswesen GSR-RB-SB
- IV. Wv Gesundheitsreferat, Beschlusswesen GSR-RB-SB  
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).